



# Pressemitteilung Nr. 1

## *Europäischer Rat in Kopenhagen*

Bericht des Europäischen Rates und Erklärungen der Kommission - Europäischer Rat (Kopenhagen, 12./13. Dezember 2002)  
Abstimmung: 19.12.2002

## *Tätigkeitsbericht des dänischen Ratsvorsitzes*

Erklärungen des amtierenden Ratsvorsitzenden - Tätigkeitshalbjahr des dänischen Ratsvorsitzes

Bericht, Erklärungen und Gemeinsame Aussprache: 18.12.2002

### **Erklärung des Rates:**

Laut dem Vertreter der dänischen Ratspräsidentschaft, Staatsminister Anders **FOGH RASMUSSEN**, hat der Gipfel von Kopenhagen einen Schlusspunkt unter ein Jahrhundert von Kriegen und Konflikten und unter die europäische Ordnung von Jalta gesetzt. Der Gipfel von Kopenhagen habe ein ausgewogenes Verhandlungsergebnis gebracht. Die Kommissare der neuen Mitgliedsländer würden zum 01.05.2004 ernannt. Der Beitritt von Bulgarien und Rumänien werde für 2007 angestrebt. Zur Türkei sagte er, dass sie die politischen Kriterien erfüllen muss. Wenn jedoch der Europäische Rat das Vorliegen der politischen Kriterien feststelle, würden unverzüglich die Beitrittsverhandlungen eröffnet. Neben der Erweiterung habe es weitere wichtige Ergebnisse gegeben:

- Der Kampf gegen den internationalen Terrorismus werde weitergeführt.
  - Die Maßnahmen gegen die illegale Einwanderung würden fortentwickelt.
  - Der Strom- und Gasmarkt sei liberalisiert worden.
  - Ein gemeinsamer europäischer Luftraum sei geschaffen worden.
  - Die EU habe schnell auf unerwartete Katastrophen reagiert.
  - Der CO<sub>2</sub>-Handel sei implementiert worden.
  - Die Kennzeichnungspflicht für bestimmte Nahrungsmittel und Zusatzstoffe sei verschärft worden.
  - Der Transit von und nach Kaliningrad sei geregelt worden.
  - Der Rahmen für eine künftige Außen- und Verteidigungspolitik sei gesetzt worden.
-

Der Konvent müsse erreichen, dass die EU auch noch mit 25 Mitgliedstaaten funktioniert. Der Gipfel von Kopenhagen läute eine neue Ära der Europäischen Union ein.

### **Erklärungen der Kommission:**

Für Kommissionspräsident Romano **PRODI** stellt das Jahr 2002 ein Jahr der Superlative dar, das mit dem Euro begann und dem Gipfel von Kopenhagen endete. Dieser Gipfel sei alles andere als eine Formalität, da er Mut und politischen Willen zum Ausdruck gebracht habe. Die Kommission habe zwölf Teams zur Verhandlung von 31 Kapiteln Gemeinschaftsrecht mit den Kandidatenländern aufgestellt. Unter Kommissar Günter Verheugen hätten mehr als 350 Kommissionsbeamte und 700 sonstige Mitarbeiter den Traum vom vereinigten Europa vorangebracht. Für zehn Länder nähere sich der Beitritt. Rumänien und Bulgarien sollten 2007 kommen und die Türkei werde im Dezember 2004 auf die Einhaltung der Kriterien überprüft. Die Hilfe für Rumänien und Bulgarien werde um 25 % aufgestockt und auch die Türkei werde zukünftig stärker unterstützt. Die Kommission bleibe objektiv und unparteiisch und behandle die Türkei genauso wie alle übrigen Kandidaten. Für Zypern stehe der Erfolg noch aus, da man in Kopenhagen zu keiner endgültigen Lösung gekommen sei. Aber es bestehe die Hoffnung, am 28. Februar 2003 noch eine Einigung zu erzielen.

Die Verantwortung Europas steige und dürfe nicht an den Grenzen der EU enden. Der Westbalkan habe sein Interesse erklärt, der Gemeinschaft beizutreten und auf dem Gipfel von Thessaloniki werde man auf das Schreiben von fünf Staaten des westlichen Balkans antworten. Man müsse über die endgültigen Grenzen der Union nachdenken, allerdings ohne äußere Einmischung. "Die Debatte über die Grenzen der EU ist eine Debatte über unsere Identität. Diese Debatte muss im Europäischen Parlament beginnen." Die Diskussion mit den Nachbarn müsse gesucht werden, von Russland bis zum Mittelmeer. Es sollten Vorteile, jedoch nicht die Mitgliedschaft angeboten werden. "Alles teilen außer die Institutionen" solle die Maxime für die Gemeinschaft werden.

Weiterhin gelte es, die Bürger zu beruhigen und zu informieren. "Die Erweiterungskosten sind eine Lappalie im Vergleich zu den Kosten der Nichterweiterung." Die Union werde den größten Markt der Welt entwickeln und an politischem Gewicht und Glaubwürdigkeit gewinnen. Er begrüße das Abkommen zwischen der EU und der NATO, das den Fortbestand der Friedensaktionen auf dem Balkan möglich mache. Die Struktur der Union müsse sich ändern, um ihre Glaubwürdigkeit zu erhalten. Der Gipfel von Kopenhagen sei dafür ein wichtiger Schritt gewesen, schloss Romano Prodi.

Mit großer Erleichterung stehe er heute vor dem EP, so Kommissar Günter **VERHEUGEN**. Das gemeinsame Werk habe zu dem erhofften Erfolg geführt. Dies "ist ein kleines Wunder", zu dem es jedoch auch "starken politischen Willen, Entschlossenheit und Geschick" gehört habe. Die Erweiterung sei nicht das Werk von einigen Wenigen, sondern es habe sich gezeigt, dass "die Gemeinschaftsmethode in der Lage ist, ein derart schwieriges Werk genau, präzise und innerhalb eines vorgegebenen Zeitraums abzuschließen". Das Europäische Parlament und Präsident Cox hätten hierbei eine wichtige und treibende Rolle gespielt. Jetzt habe sich endlich eine Forderung von Papst Johannes Paul II. erfüllt, der gesagt habe: "Es geht darum, dass die EU endlich mit beiden Lungenflügeln atmen kann." Man könne nun ernten, was viele Menschen in den Beitrittsländern gesät hätten, als sie die Demokratie- und Menschenrechtsbewegung aufgebaut hätten. "Wir werden nun erleben, dass der europäische Geist ... gestärkt wird durch die, die für Demokratie und Menschenrechte gekämpft haben." Auch werde die internationale Rolle noch verantwortungsvoller werden. Die Arbeit sei jedoch noch nicht vollendet und die Kommission werde genau hinschauen, ob alle Verpflichtungen erfüllt sind. Das EP werde die Messlatte legen, da es das Privileg habe, über jeden der einzelnen Beitrittsverträge zu entscheiden.

Die Türkei habe die selbe Chance, die alle anderen Länder gehabt haben. Es sei klar, dass zunächst die politischen Bedingungen erfüllt sein müssen. Erst dann könne über die Aufnahme der Verhandlungen gesprochen werden. Es sei eine Chance für die Türkei. Er glaube, dass sie die Fähigkeit habe, die politischen Bedingungen zu erfüllen. Es reiche jedoch nicht, "dass das Verbot der Folter auf dem Papier steht, wir wollen sicher sein, dass niemand in der Türkei mehr gefoltert wird". Man müsse mit kühlem Kopf und nüchternen Argumenten in die Debatte gehen, aber auch mit Begeisterung.

**Vertreter der Fraktionen:**

Hans-Gert **POETTERING** (EVP-ED, D) dankte der ausgezeichneten dänischen Ratspräsidentschaft. Das dänische Volk könne stolz darauf sein, was diese Präsidentschaft erreicht habe. Er hoffe auf die Unterstützung der Dänen beim Beitritt zum Euro. Es habe sich gezeigt, dass auch "nicht so große Länder" sehr gut die Anforderungen einer Ratspräsidentschaft erfüllen können. Aus diesem Grund müsse man schon sehr gute Argumente für eine Änderung des Systems der sechsmonatigen Ratspräsidentschaft vorbringen, wenn man dieses System ändern wolle.

Polen und die anderen Beitrittsländer seien fast schon auf dem gleichen Diskussionsstand wie die EU-Länder. Er freue sich auf die Beobachter. Kommission und Parlament hätten über viele Jahre hinweg den Erweiterungsprozess unterstützt. Die Gemeinschaftsmethode müsse der Kern der Konventsarbeit sein. Er würde es begrüßen, wenn die Türkei bis zum Herbst 2004 die politischen Kriterien erfüllen würde. Aber es dürfe "keine politische Opportunität" geben. Es gehe vielmehr um Recht, um die Erfüllung der Kriterien. Seine Fraktion stehe an der Seite von Amerika, werde einem Druck aus dieser Richtung jedoch nicht zugänglich sein. Er hätte sich gewünscht, dass die Schlussfolgerungen von Kopenhagen auch Bemerkungen zu Tschetschenien enthalten. Die EU müsse die Menschenrechte in der Welt verteidigen und dürfe vor niemandem kuschen.

Enrique **BARÓN CRESPO** (SPE, E) beglückwünschte die dänische Ratspräsidentschaft zu dem historischen Schritt. Es sei ein Langstreckenlauf gewesen, und der dänische Vorsitz habe "den Wettlauf mit der Zeit gewonnen". Auch habe sich die große Bedeutung des Dialogs mit der Öffentlichkeit gezeigt. Dies müsse in Zukunft noch verstärkt werden. Er begrüßte den demokratischen Integrationsprozess der neuen Länder und deren Beteiligung an der Kommission ab 2004. Es müsse jedoch noch ausgehandelt werden, in welcher Weise das EP hierzu konsultiert wird. Auch müsse die Frage behandelt werden, ob es einen oder zwei Kommissare pro Land geben werde.

Die Türkei habe im Zusammenhang mit der Verleihung des Sacharow-Preises eine große Gelegenheit verstreichen lassen, da sie der ehemaligen Preisträgerin Leyla Zana die Ausreise verweigert hat. In Bezug auf Zypern sollte die Türkei ein Interesse daran haben, dass der Führer der türkischen Zyprioten, Denktasch, seine Meinung ändert. Im Nahen Osten habe die EU eine schwerwiegende Verantwortung.

Graham **WATSON** (LIBE, UK) begrüßte den Gipfel als einen Erfolg, da Europa nun vereinigt werden könne. Er gab jedoch zu bedenken, dass die Kopenhagen-Kriterien weiterhin Anwendung fänden und dass in den Kandidatenländer noch Volksentscheide ausstehen. Jedes Kandidatenland müsse nach seiner Leistung beurteilt werden. Hinsichtlich der Türkei bedauerte er, dass man keinen früheren Evaluierungstermin gefunden habe, aber die Perspektiven seien akzeptabel. Auch für Zypern gebe es immer noch die Möglichkeit, als vereinigte Insel den Vertrag im Frühjahr zu ratifizieren. Die schnelle Eingreiftruppe der EU könne nun NATO-Strukturen übernehmen. Dies sei ein Zeichen für die wachsende Bedeutung der Union. Die EU müsse ein Bollwerk für Frieden, Freiheit und Demokratie sein.

Francis **WURTZ** (KVEL/NGL, F) erkannte die historische Bedeutung des Gipfels von Kopenhagen an, stellte sich aber gleichzeitig die Frage, ob die Vision vom vereinigten Europa wahr werde. Er bedauerte die Verhandlungskonzeption der EU, die bei den Kandidatenländern offene Wunden hinterlassen habe. Die Diskussion um die Direktbeihilfen habe den Eindruck erweckt, dass die Bürger in den Erweiterungsstaaten Menschen zweiter Klasse seien. Auch die Diskussion um Schutzklauseln und die strikte Anwendung des Gemeinschaftlichen Besitzstandes habe den Unmut geschürt. Der Gemeinschaftliche Besitzstand sei nicht in Stein gemeißelt, wie schon die Haltung der Kommission beim Stabilitätspakt deutlich gemacht habe. Er bedauere auch, dass der Erweiterungsprozess erfolge, ohne die Bürger mitzunehmen. Laut Umfrage könnten vier von zehn Bürgern kein Beitrittsland benennen. Viele, die antworteten, hätten nur die Türkei genannt. "Die Finalität Europas muss auch in der Gesellschaft diskutiert werden."

Mit den Worten: "Jungs, ihr wart wunderbar, und ihr Damen wart auch wunderbar", bewertete Daniel Marc **COHN-BENDIT** (GRÜNE/EFA, F) den Gipfel zur Erweiterung. Jedoch vermute er, dass die Realisierung der Erweiterung schwer werde. Er hoffe, dass keine "Katerstimmung" aufkommt, wenn es mit den Finanzen nicht klappt. Er vertrat die Ansicht, dass die Erweiterung nur dann Sinn mache, wenn auch die Fehler von einst, wie zum Beispiel die Finanzierung der Landwirtschaftspolitik, korrigiert würden. Für die Türkei forderte er von der Kommission die deutliche Herausarbeitung der Aufnahmekriterien. "Die Diskussion über die Kopfbedeckung ist mit Sicherheit kein Bestandteil der Kriterien." Er fordere die Schaffung einer "Road-Map" für die Türkei. Zur Irak-Resolution der UN meinte er, dass man nicht allein die USA entscheiden lassen dürfe, ob die Resolution erfüllt sei oder nicht. Abschließend bezog er sich auf Russland und verlangte, die Tschetschenienfrage nicht aus den Augen zu verlieren. Wenn Tschetschenen wie Sakajew in Europa Asyl bekämen, könne etwas in dem Land nicht stimmen.

Charles **PASQUA** (UEN, F) erkannte im Zusammenhang mit der Erweiterung an, dass ein Teppichhändler-Dialog von der Ratspräsidentschaft im letzten Moment vermieden worden sei. Es handele sich eigentlich nicht um eine Erweiterung, sondern ein Wiederzusammenfinden in einen gemeinsamen Kreis, der nie hätte getrennt werden dürfen. Trotz der Verschiebung des Schwerpunktes gen Osten dürfe man nicht den Süden und die ultra-peripheren Gebiete vergessen.

Jens-Peter **BONDE** (EDU, DK) sagte, das Ergebnis von Kopenhagen sei eine Katastrophe. "Noch nie sind so viele reiche Länder so geizig gegenüber armen Ländern gewesen." Man müsse es vermeiden, eine Million arbeitslose polnische Bauern in die Städte zu schicken. Die Beitrittsländer sollten längere Übergangsfristen und mehr Flexibilität erhalten.

Olivier **DUPUIS** (FL, I) meinte, der Erfolg des Gipfels von Kopenhagen sei unbestreitbar. Trotzdem sei an die weiteren potentiellen EU-Kandidaten wie u. a. Moldawien und Israel zu erinnern. Dupuis forderte, wie im EG-Vertrag vorgesehen, "Weiße Listen" für Personen, deren Aufenthalt grundsätzlich zu fördern sei, zu erstellen. Diese Listen könnten den Druck, dem Dänemark in Bezug auf den Aufenthalt des tschetschenischen Oppositionellen Sakajew ausgesetzt war, verhindern.

#### **Weitere deutschsprachige Abgeordnete:**

Gerhard **HAGER** (FL, A) fand, dass die "Gipfelstürmerei" nur Bergsteiger wie Reinhold Messner berühren könne, für den Bürger hingegen immer noch ein Mysterium bleibe. Die Union könne sich so nicht weiterentwickeln. Er hoffe, dass "der hochschwängere Konvent eine Basis für eine vernünftige Entwicklung gebären wird".

Ralf **WALTER** (SPE, D) machte deutlich, dass die Kosten der Erweiterung von der Bevölkerung Europas diskutiert werden. Die Vorteile der Erweiterung könne man jedoch nicht in Geld messen, da sie uns wesentlich mehr bringe als nur wirtschaftliche Vorteile. Anhand von Zahlen machte

Walter die Absurdität der Diskussion deutlich. So würde für die Gemeinschaftspolitiken 100 Mrd. € ausgegeben. Für die Verteidigungspolitik in der EU stünden in diesem Jahr hingegen 133 Mrd. € zur Verfügung. "Was ist besser: Geld in die Verteidigung oder Geld in die Friedensentwicklung Europas zu stecken?" Kopenhagen habe ein gutes Zeichen für die finanzielle Entwicklung der Gemeinschaft gesetzt. Der gesetzliche Rahmen werde eingehalten. Er frage sich allerdings, was sich hinter der "ominösen Rubrik X" verberge. Auch gelte es zu klären, wie die Finanzierung nach 2007 aussehe. Das Parlament als Teil der Haushaltsbehörde werde genau unter die Lupe nehmen, was man den einzelnen Staaten zumuten könne.

Elmar **BROK** (EVP-ED, D) freut sich darauf, die neuen Partner auf der Akropolis begrüßen zu können, will aber gleichzeitig den kritischen Dialog aufrechterhalten. Die administrativen Fähigkeiten der Kandidatenländer gelte es zu verbessern, das Monitoring müsse man fortführen und die Konventsdebatte zur Verfassung vorantreiben. Überzeugend fand er die Planung für die Beziehungen mit den Staaten an den Grenzen der Union. Es gelte zu prüfen, ob man einen Wirtschaftsraum II entwickeln wolle, spätere Mitgliedschaften plane oder sonstige Formen der Annäherung entwickle. Auch müsse man die Gemeinschaftsmethode mit der Türkei weiter vorantreiben. Er mahnte, die Bindekraft der Union nicht zu vergessen und lehnte Blairs Forderung nach Mitgliedschaft nordafrikanischer Staaten ab, da dies die Union zerstöre.

Hannes **SWOBODA** (SPE, A) erklärte, trotz der historischen Bedeutung sei der Gipfel von Kopenhagen nur eine Etappe in der Entwicklung der EU. Parlament, Rat und Kommission seien momentan dabei, eine gemeinsame Gesprächsbasis zu finden und eine bessere Form des Regierens zu entwickeln. Trotz Fortschritte der dänischen Ratspräsidentschaft würden sich die Regierungen jedoch noch nicht genügend zu Transparenz und Offenheit bekennen. Die Kommission hingegen habe einige gute Vorschläge für ein besseres und demokratischeres Regieren bei Gleichberechtigung von Rat und EP gemacht. Sie müsse jedoch anerkennen, dass das EP ein Rückholrecht brauche, wenn es Gesetzgebungsbefugnisse abgebe. 2004 werde es Wahlen zum EP geben. "Wir werden sie nicht gegeneinander gewinnen. Wir können sie nur gemeinsam gewinnen, wenn wir für mehr Flexibilität, mehr Effizienz und mehr Demokratie in der EU Sorge tragen", schloss der Abgeordnete.

Jacques **POOS** (SPE, L) erklärte, dass sich der Gipfel von Kopenhagen in Bezug auf Zypern an die Vorgaben von Helsinki gehalten habe. Die Einigung Zyperns sei von denen sabotiert worden, die für zwei geteilte Staaten seien oder die wollten, dass Zypern gleichzeitig mit der Türkei beitrete. Er verstehe die Wut vieler türkischer Zyprioten und der Opposition. Es bestehe aber immer noch "die Möglichkeit, die letzte Mauer in der EU nieder zu reißen. Der Beton in den Köpfen mancher lässt sich jedoch nicht aufweichen". Einen Hoffnungsschimmer stelle jedoch die neue türkische Regierung dar.

Laut Markus **FERBER** (EVP-ED, D) wird der Gipfel von Kopenhagen Zeichen weit über diesen Tag hinaus setzen. Neben dem Lob habe er jedoch auch einige Kritikpunkte: Er erwarte, dass die Tschechei vor der Abstimmung des EP über den Beitritt eine eindeutige Erklärung abgibt. Die Kommission solle darüber nachdenken, wie die EU mit der Türkei einen "dritten Weg" entwickeln könne. Es müsse eine neue Form des Miteinanders geben, die den Interessen der EU und der Türkei entsprechen. Die EU müsse sich allen Versuchen der Erpressung widersetzen, auch denen aus den Mitgliedstaaten, wie dies Rat und Kommission bisher getan hätten.

Othmar **KARAS** (EVP-ED, A) sagte, mit dem Euro sei der Binnenmarkt zum Heimatmarkt geworden. Durch die Erweiterung werde Jalta überwunden. Sein Land werde vom Rand wieder ins Herzen Europas rücken. Der Erweiterungsprozess sei noch nicht abgeschlossen, die Länder des ehemaligen Jugoslawien, die Schweiz oder Liechtenstein dürften nicht außen vor bleiben. Der

Kommunikationsbedarf in Bezug auf die Erweiterung sei noch nicht gedeckt. Karas forderte eine Richtlinie zur Erhebung von Straßengebühren.

**Vertreter des Rates:**

Der Vertreter der dänischen Ratspräsidentschaft, Staatsminister Anders **FOGH RASMUSSEN** meinte, die Festsetzung der Obergrenze der Kosten für die Agrarpolitik behindere nicht eine mögliche Reform der Agrarpolitik. Es werde keine Sonderbehandlung der Türkei geben, weder in die eine, noch in die andere Richtung. Es werde 2004 geprüft, ob die Türkei die Kriterien erfülle. Nicht mehr und nicht weniger sei in Kopenhagen beschlossen worden. Der wesentliche Gewinn der Erweiterung sei die Vergrößerung des Binnenmarktes und eine stärkere politische Zusammenarbeit, bei der auch die kleinen Länder geschützt werden. Die ost- und mitteleuropäischen Länder könnten jetzt in Frieden und Sicherheit leben.